

Thomas Strobel

Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission

Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989

»Es gelang zu unserer freudigen Überraschung, ein sachliches, ideologiefreies Gespräch zu führen, das sich in für beide Seiten akzeptablen wissenschaftlichen Empfehlungen niederschlug. Es ist auf beiden Seiten ein persönliches Vertrauensverhältnis entstanden, das ohne Frage für die Zukunft nützlich sein wird. Diese Ergebnisse waren meiner persönlichen Ansicht nach nur zu erzielen, weil wir auf beiden Seiten hervorragende Historiker hatten, die ihre Materie souverän beherrschten.«¹

I. EINLEITUNG

Auf die Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission wird auch heute wieder, da sich die deutsch-polnischen Beziehungen nach den Debatten um ein »Zentrum gegen Vertreibungen« und um deutsche Reparationszahlungen in einer Krise befinden, häufig Bezug genommen. Sie gilt als Modell für eine Initiative, die über die Grenzen des Ost-West-Konflikts hinweg einen Beitrag dazu leistete, nicht nur Wissenschaftler, sondern auch die Gesellschaften zweier Länder einander näher zu bringen, deren Beziehungen durch die Geschichte enorm belastet waren.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, Charakteristika der Arbeit der Kommission darzulegen und ihren spezifischen Beitrag für die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Ost-West-Konflikts herauszuarbeiten. Der Aufsatz ist wie folgt aufgebaut:

Anschließend an die Darstellung der Vorgeschichte der Kommission durch Krzysztof Ruchniewicz in diesem Band, wird hier zunächst die Tätigkeit der Kommission nach ihrer Gründung 1972 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts skizziert.² Hierbei gilt es, zwei Phasen zu unterscheiden. Zum einen die bis zur Verabschiedung der sogenannten »Empfehlungen« 1976 und zum anderen die Arbeit der Kommission in den Jahren darauf, die vor allem von Themenkonferenzen und einer regen Publikationstätigkeit geprägt war. Zweitens wird der organisatorische Rahmen beleuchtet, der die Arbeit der Kommission bestimmte und ermöglichte. Drittens wird detaillierter auf die politischen Rahmenbedingungen der damaligen Zeit eingegangen. Ich gehe von der These aus, dass diese für die

1 Georg Eckert an Bernhard Vogel, 29.6.1972, in: Bundesarchiv Koblenz, Bestände der Deutschen UNESCO-Kommission (BArch B 336), S. 286. – Georg Eckert war nach seinem aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seiner Desertation in Griechenland seit 1946 an der Kant-Hochschule in Braunschweig aktiv, wo er 1951 das Internationale Schulbuchinstitut und kurze Zeit darauf das Institut für Sozialgeschichte gründete. Ein biografischer Abriss findet sich in: <http://www.fes.de/archiv/1abt/eckert-g.htm> [1.8.2005].

2 Der Begriff »Kommission« kam allerdings erst später auf. Angefangen hatte sie als »Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenzen« oder »Deutsch-Polnische Schulbuchgespräche«. Mit der Verabschiedung der »Empfehlungen« von 1976 gab man sich den Namen »Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission«. Dieser Name wird daher im Folgenden durchgehend verwendet. Mit »deutsch-polnisch« wird in dieser Arbeit das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gemeint. Auch die zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen existierenden Kommissionen (Historikerkommission und Schulbuchkommission) nannten sich »Deutsch-Polnisch«.

Arbeit einer solchen Kommission günstig sein müssen. Das heißt nicht, dass es keine Widerstände gegen ihre Arbeit geben kann, aber in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft sollte ihre Arbeit positiv aufgenommen werden. So kommt zum Ausdruck, dass die Kommission in ihrer Arbeit von verschiedenen Bundesregierungen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, wohlwollend betrachtet und als Instrument der auswärtigen Kulturpolitik genutzt wurde.

Erst die Zeitumstände und der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen in den Siebzigerjahren machten die exponierte Rolle der Schulbuchkommission möglich. Die Schulbuchkommission war damals einer der wenigen Brückenpfeiler zwischen der Bundesrepublik und Polen. Ihre Bedeutung erwuchs also nicht nur aus dem hohen geschichtspolitischen Symbolwert von Schulbüchern, sondern auch aus der Tatsache, dass die Kommission angesichts des sonstigen Mangels an deutsch-polnischen Kontakten auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene Pioniercharakter hatte. Die Kommission war damit, so Rudolf von Thadden, ein Instrument von »Ersatzpolitik«.³

Im vierten Teil geht es um politische Realitäten, die die Arbeit der Kommission begrenzten und prägten. Zentrale Voraussetzung der Arbeit der Schulbuchkommission war es, so meine These, politische Realitäten anzuerkennen, die sich aus dem Ost-West-Konflikt und dem Systemunterschied zwischen Polen und der Bundesrepublik ergaben. Konsequenz dessen war, dass man bestimmte Themen – beispielsweise Katyń, Hitler-Stalin-Pakt, Vertreibung der Deutschen, Minderheiten in Polen, Stalinismus oder die Deutsche Frage – nicht oder nur höchst delikats behandelte. Dieses Faktum wird anhand von Themen exemplarisch aufgezeigt, die mit der Rolle der Sowjetunion in Zusammenhang stehen.

Der folgende Aufsatz präsentiert einen Teil der Ergebnisse, die der Autor im Rahmen eines Forschungsauftrages des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung (GEI) über die Geschichte der deutsch-polnischen Schulbuchkommission erarbeitet hat.⁴ Dass an dieser Stelle der Fokus auf der deutschen Seite der Kommission liegt, ist allein der Tatsache geschuldet, dass die polnischen Quellen bislang noch nicht ausgewertet wurden. Dies wird im Rahmen des geplanten Dissertationsprojektes des Autors geschehen.

II. DIE ARBEIT DER DEUTSCH-POLNISCHEN SCHULBUCHKOMMISSION IN DEN 1970ER- UND 1980ER-JAHREN

1. Der Beginn der Schulbuchtagungen

Im Februar 1972 fand in Warschau die erste deutsch-polnische Schulbuchtagung statt. Gotthold Rhode, langjähriges Kommissionsmitglied, beurteilte die Reise nach Warschau so:

»Die Aufgeschlossenheit ist überall groß, auf Feindseligkeiten oder auch nur Unfreundlichkeiten bin ich nirgends gestoßen. Nach wie vor betrachtet man die Deutschen aus der Bundesrepublik als die ›richtigen‹ Vertreter Deutschlands, was mir mehrfach deutlich zu verstehen gegeben wurde. Für

3 Rudolf von Thadden, Gespräch mit dem Autor am 18.10.2004 in Göttingen.

4 Im Verlaufe dessen führte der Autor neben Archivarbeiten bislang ca. 20 Interviews mit an der Schulbuchkommission Beteiligten aus Deutschland. In einer zweiten Phase wird der Autor dies um die polnische Seite ergänzen. – Zu den Kommissionen zwischen der DDR und Polen liegen erste Ergebnisse vor, die der Autor zu einem späteren Zeitpunkt publizieren wird. – Der besondere Dank des Autors gilt Robert Maier (GEI) für dessen zahlreiche Anregungen und Hilfestellungen.

die so wichtigen menschlichen und wissenschaftlichen Kontakte war die Reise außerordentlich fördernd. Dagegen habe ich politische Gespräche ganz bewusst vermieden, da meine polnischen Gesprächspartner meinen Standpunkt ohnehin kennen, und da ein absolut offenes politisches Gespräch auch unter vier Augen kaum möglich ist.«⁵

Bei Georg Eckert, der im Anschluss an die Tagungen stets in einer immensen Korrespondenz wichtige Partner und politische Akteure über Verlauf und Ergebnisse unterrichtete, klang das noch euphorischer: »Ich war bereits früher in Warschau und über den politischen Klimawechsel tief beeindruckt [...] es besteht meiner Ansicht nach die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen von Grund auf zu erneuern – selbstverständlich in einem Prozess, der viele Jahre dauern wird«, schrieb er an Bundespräsident Heinemann.⁶

Bereits im April 1972 fand in Braunschweig die zweite Tagung statt. Hier erweiterte man die in Warschau beschlossenen »14 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland«⁷ auf 17 Empfehlungen.⁸

Eckert war auch über das positive Echo in der Bundesrepublik überrascht. Im Mai 1972 schrieb er an Władysław Markiewicz, den Vorsitzenden der polnischen Seite: wenn sich die Dinge so weiterentwickelten, werde man die Empfehlungen wesentlich schneller als gedacht umsetzen können.⁹

Die Zukunft dieser Schulbuchinitiative wäre allerdings mehr als fraglich gewesen, wäre der Warschauer Vertrag im Mai 1972 nicht ratifiziert worden. Die Mitglieder der Kommission hatten im Vorfeld der Beratungen des Bundestages größte Befürchtungen. Der Historiker Ludat verbalisierte diese Sorge: »Hoffentlich gibt es jetzt keine politische Panne, die unsere ganze Arbeit zunichte machen würde!«¹⁰ Doch dies trat nicht ein und schon im Oktober 1972 konnte Eckert auf 16 Veröffentlichungen der Empfehlungen und auf Solidaritätserklärungen von acht Bundesländern verweisen.¹¹ Die Historiker und Geografen Polens und der Bundesrepublik nahmen sich vor, auf den kommenden Konferenzen die Empfehlungen von 1972 zu konkretisieren und um die zeitgeschichtlichen Teile zu ergänzen.¹²

Anfang 1974 starb überraschend Georg Eckert. Obwohl dieser bis dahin maßgeblich die Schulbuchkonferenzen vorangetrieben hatte, bedeutete sein Tod, wie sich später heraus-

5 Bericht Rhodes über die erste deutsch-polnische Schulbuchtagung in Warschau, undatiert, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Gotthold Rhode (BArch N 1445), 140.

6 Eckert an Heinemann, 23.3.1972, in: BArch Bestand Deutsche UNESCO-Kommission B 336/286.

7 14 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland: Bericht über die 1. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und Polnischen UNESCO-Kommissionen vom 22.–26. Februar 1972 in Warschau, hrsg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, Köln 1972.

8 17 Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland: Bericht über die 2. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Deutschen und Polnischen UNESCO-Kommissionen vom 11.–16. April 1972 in Warschau, hrsg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, Köln 1972.

9 Eckert an Markiewicz, 15.5.1972, in: BArch B 336/286.

10 Ludat an Eckert, 3.5.1972, in: GEI-Archiv, Ordner 427.

11 Darüber berichtete er der Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, Geisendörfer, in einem Brief: vgl. Eckert an Geisendörfer, 4.10.1972, in: BArch B 336/286.

12 Dies wurde 1975 erreicht: Empfehlungen zur Darstellung der Nachkriegsgeschichte in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland: Empfehlungen der 6. und 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz in Köln 1975, in: GWU 27 (1976), S. 699–703.

stellen sollte, keinen Bruch der begonnenen Schulbuchrevision. Bis zur neunten Tagung im April 1976 zogen sich die Beratungen und die Redaktion der »Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen«,¹³ die vor allem in den Kapiteln Deutscher Orden, Zwischenkriegszeit und Bevölkerungsverschiebungen nur mühsam Auffassungsunterschiede überdecken konnten, hin. Dennoch war es für die Teilnehmer der Schulbuchkonferenzen, die in den Empfehlungen erstmals den Namen »Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission« führten, ein großer Erfolg, zu einem gemeinsamen Text über die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte gekommen zu sein.¹⁴

2. Die Tätigkeit der Kommission nach den »Empfehlungen«

Die Schulbuchkommission trat nach der Veröffentlichung der Empfehlungen in die zweite Phase ihrer Arbeit ein. Auf jährlichen Konferenzen wurden Themen der Empfehlungen herausgegriffen und bearbeitet. Die Ergebnisse der Tagungen wurden in Polen wie auch in Deutschland regelmäßig publiziert.¹⁵

Die Empfehlungen standen sowohl in der Bundesrepublik als auch in Polen während Monaten und Jahren im Kreuzfeuer der Kritik. In Polen war die Skepsis groß, ob diesen Empfehlungen auch die Umsetzung in den bundesdeutschen Schulbüchern folgen werde. In der Bundesrepublik wurde den Historikern vorgeworfen, sie hätten sich in der Kommission von der anderen Seite über den Tisch ziehen lassen und kritische Punkte ausgelassen oder Aspekte wie die Vertreibung der Deutschen verharmlost. In der Bundesrepublik kam der Debatte um die Empfehlungen eine Stellvertreterfunktion der Diskussion um die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition zu. In Presse und Fernsehen, in Parlamenten und Parteien waren der Inhalt der Empfehlungen und das Ob und Wie ihrer Umsetzung Gegenstand von höchst emotionalen Debatten.¹⁶ Die deutschen wie auch die polnischen Mitglieder der Schulbuchkommission engagierten sich in hohem Maße in der Aufgabe, der Öffentlichkeit den Sinn der Empfehlungen zu vermitteln.

Die Diskussion beförderten auch die sogenannten Alternativempfehlungen von J. J. Menzel, W. Stribrny und E. Völker, die 1978, unterstützt vom Bund der Vertriebenen, eine wissenschaftliche Gegenposition zu den Empfehlungen der Schulbuchkommission darstellen sollten.¹⁷ Angetreten mit dem Ziel, die Original-Empfehlungen ergänzen und korrigieren zu wollen, hatten die Alternativ-Empfehlungen einen grundsätzlich anderen Charakter, da sie nicht aus dem Dialog mit polnischen Historikern heraus entstanden waren.

13 Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, hrsg. von der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission (zweisprachig), Braunschweig 1977.

14 Vgl. den Bericht Rhodes an Nasarski »Ende eines Arbeitsabschnitts – Beginn eines neuen. Zur IX. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz«, undatiert, in: BArch N 1445/141.

15 Eine Liste der Publikationen der Konferenzbände in: Ursula J. Becher (Hrsg.) und Andreas Reich/Robert Maier (Red.) Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission, Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991, Braunschweig 1995, S. 184–186.

16 Der Band »Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland«. Eine Dokumentation, eingeleitet und ausgewählt von Wolfgang Jacobmeyer, Studien zur Internationalen Schulbuchforschung, Braunschweig 1979 bietet einen guten Querschnitt über diese Debatte.

17 Josef Joachim Menzel/Wolfgang Stribrny/Eberhard Völker, Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, eine Dokumentation kritischer Stellungnahmen, Bonn 1980, S. 121–160.

In der Veröffentlichung der Empfehlungen sahen und sehen einige der Beteiligten den Höhepunkt oder gar das Ende der Hauptarbeit der Kommission. Wöhlke meinte damals, durch die Empfehlungen sei die Revision abgeschlossen; die Anschlussbemühungen seien als Historikerkolloquium zu werten, hätten aber mit Schulbucharbeit nichts zu tun.¹⁸

Die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission agierte während der gesamten Zeit ihres Bestehens auf der Grenze zwischen einer Schulbuch- und einer Historikerkommission. Nicht immer war die Zielrichtung der Schulbuchrevision klar zu sehen. Dies wurde der Kommission angelastet, genauso wie ihr streng bilateraler Ansatz. Ernst Hinrichs drückte dies anlässlich einer 25-jährigen Bilanzkonferenz 1987 diplomatisch so aus:

»Die wissenschaftlich-persönlichen Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Historikern und Schulbuchexperten haben sich im Verlauf der gemeinsamen Kommissionsarbeit derart gefestigt, dass die zukünftige Arbeit dieser Kommission nicht mehr so konsequent wie bisher, auf die Beziehungsgeschichte zwischen Polen und Deutschen allein gerichtet bleiben muss. In den nächsten Jahren wird daher die Einbettung der Beziehungsgeschichte in die europäische Geschichte, aber auch die didaktische Problematisierung des Kenntnissniveaus in den Vordergrund treten.«¹⁹

III. DER ORGANISATORISCHE RAHMEN DER KOMMISSIONSARBEIT

Die bundesdeutsche Seite der Kommission hatte als organisatorische Basis ein Dreieck von Internationalem Schulbuchinstitut (ab 1975 Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, GEI), Deutscher UNESCO-Kommission (DUK) und Auswärtigem Amt (AA). Ich gehe hier der anfangs aufgeworfenen These nach, dass dieser organisatorische Rahmen auf Legitimation und Arbeitsweise der Kommission positive Auswirkungen hatte. Funktionieren konnte die Kommission aber letztlich nur, weil die beteiligten Historiker und Geographen bereit waren, sich in hohem Maße ehrenamtlich zu engagieren.

1. Das Auswärtige Amt

Das Auswärtige Amt (AA) hatte bereits in den Sechzigerjahren die zunehmenden Ostkontakte der Deutschen UNESCO-Kommission beobachtet und hierfür grünes Licht gegeben.²⁰ Als die Kontakte der DUK mit den Nationalkommissionen der Ostblockstaaten, durchaus im Sinne der »Neuen Ostpolitik«, konkretere Formen anzunehmen begannen, äußerte das AA allerdings auf internen Wegen auch immer wieder seine Bedenken. Diese wiesen die DUK vor allem darauf hin, dass Priorität der Bundesregierung immer noch die Konsolidierung bilateraler Kulturbeziehungen auf der staatlichen Ebene bleibe. So behagte dem Auswärtigen Amt die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der bundesdeutschen und der polnischen UNESCO-Kommission²¹ nicht, da sie aus Sicht des AA

18 Notizen K.-E. Jeismann zur Sitzung des wissenschaftlichen Ausschusses des Kuratoriums, 7.7.1978, S. 2, in: Archiv des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, Braunschweig (GEI-Archiv), Ordner 53.

19 Ernst Hinrichs, Vorwort, in: Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission. Zum pädagogischen Ertrag der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987, XXI. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 24.–29.4.1988 in Oldenburg i. O., W. Jacobmeyer (Red.), Braunschweig 1989, S. 7.

20 Buddenbrock (AA) an Reimers (DUK), 2.1.1964, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Zwischenarchiv 104523, IV 2–80.16.

21 Vereinbarung zwischen den UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbuchrevision (vom 17.10.1972), in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/77, 26.11.1977, S. 69 f.

eine »Art kleines Kulturabkommen«²² mit ungeprüften finanziellen und politischen Folgen darstelle und an einigen Stellen »einseitig polnischen Belangen und Vorstellungen Rechnung«²³ trage. Eckert informierte zwar das Auswärtige Amt und stand im Austausch v. a. mit der Kulturabteilung des Amtes, ließ sich aber auch nicht zu stark ins Konzept reden. Bei der Vereinbarung der beiden UNESCO-Kommissionen trug Eckert aber doch den Bedenken des AA Rechnung und veränderte die ursprüngliche Fassung.

Das AA finanzierte wesentlich die Schulbuchkommission, deren Tagungen, Reisen und Publikationen,²⁴ und befürwortete die Anliegen der Kommission im politischen Diskurs. Hierbei spielte die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau gerade in den ersten Jahren der Kommissionsarbeit eine wichtige Rolle. Botschafter Dr. Matthias Ruete wie auch spätere Botschafter und Botschaftsmitarbeiter²⁵ berieten und unterstützten die Kommission.²⁶ Darüber hinaus informierte und beriet sich das AA mit Eckert über politische und wissenschaftliche Fragen, etwa im Vorfeld des Besuchs des polnischen Außenministers in der Bundesrepublik.²⁷ Die Initiative zu den Schulbuchkonferenzen selbst ging allerdings von Eckert als Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission aus. Details der Kommissionsarbeit, Berufung von Teilnehmern oder die Setzung von Themen gestaltete nicht das AA, sondern allein die Schulbuchkommission.

Das Auswärtige Amt war also für die Schulbuchkommission vor allem in zweierlei Hinsicht wichtig: zum einen durch seine finanzielle und politische Unterstützung für die Arbeit der Kommission, zum zweiten, indem über das Amt die Abstimmung mit der offiziellen bundesdeutschen Außenpolitik erfolgte.

2. Die Deutsche UNESCO-Kommission

Die Bedeutung der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) für die Arbeit der Schulbuchkommission war phasenabhängig. In den Sechzigerjahren, als Eckert als Präsident der DUK die Kontakte mit verschiedenen Ländern des Ostblocks anzubahnen begann, gewährleistete das UNESCO-Dach die Neutralität der Kontakte und eine Unabhängigkeit von der Regierungspolitik. Beleg für die Attraktivität dieser Ebene war die Tatsache, dass sie auch von Seiten der Ostblockstaaten gesucht wurde. Der ständige deutsche Delegierte bei der UNESCO in Paris, Haack fragte 1967 beim Auswärtigen Amt an: »Soll ich dem Drängen der Delegierten der Ostblockstaaten, eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen, nachgeben?«²⁸

Sowohl die bundesdeutsche als auch die polnische Seite sahen nach vorheriger Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Vertrages die Möglichkeit, unter dem Dach der

22 Schreiben Venzlaff (AA) an »Herrn D 6«, 12.10.1972, in: PA AA, B 93, Nr. 1582. Es handelte sich bei der kritisierten Version aber um die erste Fassung. Die schließlich verabschiedete Empfehlung war kürzer und hatte die vom AA genannten Kritikpunkte im Wesentlichen ausgemerzt.

23 Ebd.

24 Ab dem Haushaltsjahr 1971 ging die Zuständigkeit für das Schulbuchinstitut an das AA über.

25 Etwa der Kulturattachée Wiprecht von Tresckow (Vgl. Brief Mertineits »an die Kollegen«, Juli 1974, S. 1, in: BArch N 1445/140) und später der Gesandte Graf Brühl (Interview Zernack, 3.11.2003).

26 Im Zuge der Ausarbeitung der Empfehlung etwa erklärte Botschafter Ruete Mertineit gegenüber, er stehe voll hinter den Empfehlungen I und II, und sicherte seine persönliche Unterstützung bei AA und KMK zu. Vgl. den Bericht über eine Vorbereitungssitzung der DUK, 18.6.1975, in: BArch N 1445/141.

27 Vgl. Vermerk IV 4.81.SL-94.20, Beitrag Holzheimer, in: PA AA, B 93, Nr. 1582.

28 Haack, 31.08.1967, Pol IV 2–80.04/3 7534/67, in: PA AA, Zwischenarchiv, 104523.

UNESCO den »Brückenschlag«²⁹ zwischen Ost- und Westeuropa bewerkstelligen zu können.

Georg Eckert benannte schon nach einer der ersten deutschen UNESCO-Delegationen nach Polen die Charakteristik der Kontakte auf der UNESCO-Ebene, die sich von offiziellen diplomatischen Kontakten unterscheiden konnten:

»Wir führten positive Gespräche, weil nicht unverbindliche Freundlichkeiten ausgetauscht, sondern die Dinge offen beim Namen genannt wurden [...] Man hat uns keine potemkinschen Dörfer gezeigt, sondern imponierende Leistungen [...] Wir hatten das Gefühl, dass die Polen ernsthafte Sorgen vor deutschem Revanchismus haben. Auf der anderen Seite kam die Bereitschaft zur Verständigung immer wieder zum Ausdruck [...] Die deutsche UNESCO-Gruppe hat bewusst das politische Gebiet in ihren Kontakten ausgespart [...] Die UNESCO [...] ist ein glänzender Kanal, kulturelle Kontakte anzubahnen [...] Wir konnten eine Reihe wichtiger Leute davon überzeugen, dass uns wirklich an einer Verständigung gelegen ist. In unseren Gesprächen löste sich zusehends die Verkrampfung, wir schieden als Freunde.«³⁰

Der Modus, die beiden Vorsitzenden der Schulbuchkommission von den jeweiligen UNESCO-Kommissionen benennen zu lassen, schirmte, so die Einschätzung von Zernack, die Spitze der Kommission gegen politische Einflussnahmen ab. Über die stellvertretenden Vorsitzenden habe man die fachliche Kompetenz gewährleisten können.³¹

Die UNESCO war für die erste Phase der Kommissionsarbeit bis zur Veröffentlichung der Empfehlungen von 1976, eine geeignete Plattform für eine wissenschaftliche Arbeit der Schulbucharbeit über die Blockgrenzen hinweg. Sie förderte sie politisch und verhalf ihr zu einem hohen Grad an Aufmerksamkeit.³² In der späteren Zeit war sie weniger wichtig, da sie sich auf die wohlwollende Begleitung der Kommission beschränkte. In der Person Walter Mertineits, der nach Georg Eckert lange Jahre Vorsitzender der bundesdeutschen Seite der Kommission wie auch DUK-Vorsitzender war, konnte die UNESCO ihre Rolle als »glaubwürdig ausgleichendes Element« weiter spielen.³³

Diese Freiheit der deutsch-polnischen Schulbucharbeit resultierte für Eckert wie auch für seinen Nachfolger Mertineit aus der unabhängigen Stellung der UNESCO, unter deren Schirmherrschaft die Schulbuchkonferenzen standen. Dass beide in Personalunion sowohl der Deutschen UNESCO-Kommission als auch der bundesdeutschen Seite der Schulbuchkommission vorstanden, war für diese Arbeit von großem Vorteil. Die hier erwähnte Freiheit beruhte zunächst auf der Reputation, die eine supranationale Organisation wie die UNESCO für sich verbuchen konnte. Dies verhalf der Kommission zu einer gewissen transnationalen Legitimität. Ein bedeutendes Maß an Freiheit besaß die Kommission auf der deutschen Seite auch dadurch, dass die jeweiligen Vorsitzenden der Deutschen UNESCO-Kommission die Zusammensetzung der Schulbuchkommission sich vorbehielten und damit den Einfluss der deutschen Bundes- und Landesregierungen minimierten. Auf der polnischen Seite war vermutlich der staatliche Einfluss weit größer. Jedoch müsste dies im Einzelnen noch erforscht und bei ehemaligen Kommissionsmitgliedern erfragt werden. Trotz dieses strukturellen Ungleichgewichts konnte die Schulbuchkom-

29 Georg Eckert auf der 32. Hauptversammlung der DUK in Konstanz, 15./16.6.1972, S. 4, Protokoll, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) Bonn, NL Georg Eckert im AdsD, Ordner 281.

30 Bereitschaft zur Verständigung, Braunschweiger Zeitung, 6.7.1965.

31 Vgl. das Gespräch des Autors mit Klaus Zernack am 8.7.2003 in Berlin.

32 So auch die Einschätzung des wissenschaftlichen Beratergremiums des GEI, 21. Sitzung, 26.6.1977, in: GEI- Archiv, Ordner: Nachlass Bachmann.

33 Gespräch mit Karl-Ernst Jeismann (gemeinsam mit Wolfgang Jacobmeyer) in Münster am 12.6.2003.

mission insbesondere auf Grund ihrer supranationalen Legitimation ein beträchtliches Maß an Freiheit für ihre Arbeiten reklamieren.

3. Internationales Schulbuchinstitut/Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI)

Die dritte Säule der deutsch-polnischen Schulbuchrevision auf bundesdeutscher Seite war das Internationale Schulbuchinstitut. Anfang der Siebzigerjahre war dieses noch nicht viel mehr als eine »Schreibstube«.³⁴ Auch wenn in dieser mit Georg Eckert einer der Inspiratoren der Schulbuchgespräche mit Polen saß, so fingen gerade die institutionellen Formen der UNESCO-Arbeit seine etwas »wilde Organisation«³⁵ auf. Nach übereinstimmender Meinung der befragten Zeitzeugen sicherte die institutionelle Festigung des Instituts als Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission nach Eckerts Tod ihre Kontinuität sowie ihre finanziellen, wissenschaftlichen und organisatorischen Grundlagen.

Beim Georg-Eckert-Institut liefen alle Fäden der Organisation wie der Publikation (der Konferenzbände) zusammen. Hierfür waren nicht die Direktoren selber zuständig, sondern bestimmte Mitarbeiter.³⁶ Damit übernahm das Institut die Rolle des organisatorischen Zentrums der Kommission, so dass nach Eckerts Tod die DUK in dieser Funktion weitgehend abgelöst wurde.

4. Die Mitglieder der Kommission

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder gehörte der Kriegs- und Nachkriegsgeneration an. Auf der deutschen Seite hatten einige Mitglieder familiäre Wurzeln in Polen bzw. den ehemaligen deutschen Ostgebieten und auch Krieg und Vertreibung am eigenen Leib erfahren. Daraus erwuchs bei ihnen die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Polen und Deutschen.

Da Georg Eckert auf dem Grundsatz bestand, die Kommission solle nicht von Institutionen bestückt werden, sondern nur durch ehrenamtlich tätige Einzelpersonen, können wir von einem hohen Maß an Freiwilligkeit, Eigenmotivation und wissenschaftlichem Interesse der Beteiligten ausgehen. Dies war auch daran zu sehen, dass sich die Teilnehmer nicht nur aus solchen Personen zusammensetzten, die von Georg Eckert eingeladen worden waren, sondern auch aus solchen, die sich für eine Zusammenarbeit anboten.³⁷ Dass es für den einen oder anderen Wissenschaftler wohl auch ein Antrieb war, an der guten wissenschaftlichen und politischen Reputation der Kommission zu partizipieren, dürfte nur allzu menschlich sein. Annäherung mit Polen war für die große Mehrheit der Deutschen aber eine zentrale Motivation für ihre Teilnahme in der Schulbuchkommission.

34 So Carl-August Schröder, ehemals Geschäftsführer des Westermann-Verlags, in einem Gespräch in Braunschweig am 13.6.2003.

35 So Karl-Ernst Jeismann in einem Gespräch mit dem Autor in Münster am 12.6.2003.

36 Im Untersuchungszeitraum waren dies nach Eckerts Zeit R. Multhoff, E. Hillers, W. Jacobmeyer und R. Riemenschneider.

37 Udo Arnold beispielsweise bot 1974 an, die Kommission für Ost- und Westpreußische Landesgeschichte, deren Vorsitzender er damals war, könne sich in der Kommission einbringen. Ihm wurde jedoch beschieden, er könne nur als Einzelperson, aber nicht im Namen einer Institution teilnehmen. Vgl. das Gespräch des Autors mit Udo Arnold in Bad Münstereifel am 26.11.2003.

IV. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND EINFLÜSSE

Wie bereits oben betont, wird hier davon ausgegangen, dass eine Kommission wie die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission nur gut arbeiten kann, wenn ihr die politischen Rahmenbedingungen dies ermöglichen. Die verschiedenen Initiativen der Fünfziger- und Sechzigerjahre führten vor allem deshalb nicht zur Gründung einer Schulbuchkommission zwischen der Bundesrepublik und Polen, weil das politische Klima des Kalten Krieges noch zu frostig war. 15 Jahre später bildete der Warschauer Vertrag vor allem für die polnische Seite die unabdingbare Voraussetzung für den Beginn von Schulbuchgesprächen.³⁸

Im Zuge der Arbeit der Schulbuchkommission gab es zwar in der deutschen Öffentlichkeit viele Bedenken und im Verlauf der Diskussion um die von der Kommission 1976 beschlossenen Empfehlungen auch massive Widerstände gegenüber ihrer Arbeit. Ihr Impuls der Entspannung und Annäherung mit Polen stimmte aber mit den Zielen verschiedener Bundesregierungen überein. Ohne diese Voraussetzungen hätte sie sich wohl erst gar nicht konstituiert oder sinnvolle Arbeit leisten können.

Die spezifische Ausprägung der deutsch-polnischen Kontakte in den 1970er-Jahren war eine Voraussetzung dafür, dass die Kommission eine solch große politische Bedeutung erlangte. Die Schulbuchkommission war in dieser Zeit eine der wenigen Institutionen, die den deutsch-polnischen Dialog trug und belebte. Ihre Arbeit, Zusammensetzung und Funktionsweise bildeten eine spezifische Form von regierungsferner auswärtiger Kulturpolitik.

1. Die Kommission als Mittel der auswärtigen Kulturpolitik

Wie wir gesehen haben, wollte das Auswärtige Amt durch die Tätigkeit der Schulbuchkommission einem Kulturabkommen zwischen beiden Staaten nicht vorgreifen. Dennoch war der Bundesregierung an den Schulbuchkontakten mit Polen gelegen. Sie hatten politische Implikationen, die über das wissenschaftliche und Schulbuch-Terrain hinausreichten. Sie waren, so der frühere Präsident der DUK, Thomas Keller, ein »nützliches Instrument der auswärtigen Kulturpolitik«. ³⁹ Rudolf von Thadden meinte, die Schulbuchkommission sei vor allem deshalb so wichtig gewesen, weil es in den 1970er-Jahren nur eine geringe Zahl von deutsch-polnischen Kontakten politischer und gesellschaftlicher Art gegeben habe. ⁴⁰ Selbst nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages und der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen 1972 entwickelten sich – so hat es den Anschein – die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen auf den verschiedensten Ebenen nur langsam. Wenn wir die Bedeutung der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission bewerten wollen, muss bedacht werden, dass etwa die Anfänge des Jugendaustausches ⁴¹ zwischen Polen und der Bundesrepublik wie auch der ersten Städtepartnerschaften ⁴² erst am Ende der 1970er-Jahre liegen, dass im Juni 1976, also

38 Die Vorsitzende der polnischen UNESCO-Kommission, Krassowska, machte gegenüber Georg Eckert klar, dass man sofort nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages mit Schulbuchgesprächen beginnen könne. Vgl. Eckert an Forster (AA), IV 4–88/8041/70, 14.12.1970, S. 3, in: PA AA B 93, Nr. 1552.

39 Keller an Kubel, 4.10.1974, in: BArch B 336/280.

40 Vgl. Rudolf von Thadden, Gespräch mit dem Autor am 18.10.2004 in Göttingen.

41 1977 waren Delegationen des Zentralrates des Bundes der Sozialistischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik und umgekehrt eine Delegation des Deutschen Bundesjugendringes in Polen.

42 Zwischen Toruń und Göttingen beispielsweise wurde eine Städtepartnerschaft 1978 geschlossen.

mehr als vier Jahre nach dem Beginn der Schulbuchgespräche, mit Edward Gierek der erste polnische Staatsmann die Bundesrepublik besuchte und dass erst zu jenem Zeitpunkt ein Kulturabkommen zwischen beiden Ländern abgeschlossen wurde.⁴³ Allerdings sollte beachtet werden, dass seit dem Ende der 1950er-Jahre erste Gedenkstättenreisen nach Polen und mit der Aktion Sühnezeichen auch erste Institutionen der Versöhnung entstanden waren.⁴⁴ Da die Anfänge der Schulbuchkommission ebenso wie die der kirchlichen Versöhnungsinitiativen in die 1960er-Jahre oder noch weiter zurückreichten, kann sie zu den ersten Initiativen der Verständigung mit Polen gerechnet werden. Ihre Bedeutung ging jedoch weit über die der Begegnung von Wissenschaftlern hinaus. Es ist richtig, dass ihr in den 1970er-Jahren weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre, hätte zu dieser Zeit bereits ein dichtes Beziehungsnetz zwischen Polen und der Bundesrepublik bestanden.

Die Kommission wurde zu einem Instrument völlig eigener bilateraler Bedeutung, zumal sie sich mit wissenschaftlichem Geschick und politischem wie diplomatischem Gespür ihren Aufgaben zuwandte. Ein solches Gremium der soliden, vorurteilsfreien wissenschaftlichen Arbeit lag im Interesse der Regierungen sowohl in Bonn als auch in Warschau. Es konnte und sollte ein Zeichen setzen, wie man sich zukünftig den Prozess der Vertiefung der Kontakte auch auf anderen Gebieten vorstellte. Die Bedeutung der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission lässt sich nicht in der gleichen Weise wie andere Versöhnungsinitiativen ermessen. Ihr Gewicht erwuchs aus der Sache selbst, aus der Sache der Geschichte der verworrenen und verwickelten deutsch-polnischen Beziehungen. Hier wurden Grundfragen der gegenseitigen Beziehungen verhandelt, die sich seit sehr langer Zeit zwischen den beiden Völkern entwickelt und in jeweiliger nationaler Zuspitzung und partieller Überhöhung als fundamentale Barriere und gegenseitige Abgrenzung aufgetürmt hatten. Galt es einerseits die mit der Gründung des Bistums Gnesen durch Otto III. entstandenen gemeinsamen christlichen Wurzeln zurückzugewinnen, so mussten auch die unterschiedlichen, vielfach entgegengesetzten Mythen der Geschichte aufgearbeitet werden, handelten diese von der sogenannten deutschen Ostkolonisation, von der Schlachten um Grunwald oder Tannenberg, oder von der korrekten Bezeichnung der Orte, Flüsse und Landschaften. Selbst die von den Kommunisten verbreitete Sprachregelung, bei den ehemals deutschen Territorien wie Schlesien, Pommern oder Westpreußen handle es sich um die von Polen 1945 »wiedergewonnen Gebiete« dürfte am Rande der Kommissionsarbeiten besprochen worden sein. In den Diskussionen der Kommission wurden die Grundfragen verhandelt, die bereits bei den ersten Begegnungsreisen und -seminaren sowie in den großen Denkschriften und Memoranden der 1960er-Jahre im Zentrum gestanden hatten. Sowohl die Denkschrift der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD vom Herbst 1965 wie das Polenmemorandum des Bensberger Kreises vom März 1968 und nicht zuletzt der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom November 1965 mit dem berühmten Satz von der Versöhnung sind zu großen Teilen historische Abhandlungen über die Wechselfälle, Tei-

43 Vgl. *Jerzy Sulek*, Die politischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren, in: *Hans-Adolf Jacobsen/Carl-Christoph Schweitzer/Jerzy Sulek u. a.*, Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt/Main/Warszawa 1979, S. 131–160, hier: S. 148.

44 Über die seit 1959 durchgeführten Gedenkstättenfahrten der Berliner Falken berichtet *Michael Schmidt*, Aussöhnung mit dem Osten, in: *Siegfried Heimann* (Hrsg.), Harry Ristock, Berlin 1993, S. 42–58.

lungen und von Fremden bewirkten Leiden des polnischen Volkes.⁴⁵ Auch für polnische Kirchenvertreter war es nach 1945 vielfach selbstverständlich, die kommunistische Sprachregelung von den »wiedergewonnenen Gebieten« (gemeint waren die ehemaligen deutschen Ostgebiete) zu übernehmen.⁴⁶ Erst die Begegnung der polnischen und deutschen Bischöfe beim II. Vatikanischen Konzil führten in dieser Frage zu einer langsamen Änderung der Haltung insbesondere von Kardinal Wyszyński.⁴⁷ Die von der Schulbuchkommission begonnene ausführliche, in kooperativer Weise vorgenommene Aufarbeitung dieser Beziehungsgeschichte untermauerte und verstärkte daher die grundlegenden Einsichten der Memoranden der 1960er-Jahre in (überwiegendem) gegenseitigem Einverständnis. Dies muss als außergewöhnliche Leistung der Schulbuchkommission angesehen werden.

2. Die Haltung der Bundesregierungen gegenüber der Kommission

Weder die sozialliberale Bundesregierung noch andere politische Akteure wollten die Kommission zu stark politisch für sich vereinnahmen, um sie nicht als politisch einseitig erscheinen zu lassen und ihr somit Schaden zuzufügen.⁴⁸ Dies ging sogar so weit, dass das Bundespräsidialamt für die zweite Tagung 1972 in Braunschweig kein Grußwort des Bundespräsidenten zur Verfügung stellen wollte. Die Begründung lieferte der stellvertretende Chef des Bundespräsidialamtes, Caspari, in einem Schreiben an Georg Eckert:

»Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung in öffentlichen Stellungnahmen stets Wert darauf gelegt klarzustellen, dass die von ihr zum besseren Verständnis zwischen Deutschen und Polen als notwendig befürwortete Überprüfung der Schulbücher die objektive Arbeit von Wissenschaftlern beider Länder ist, auf die sie keinen Einfluss nimmt.«⁴⁹

Ansonsten war es kein Geheimnis, dass die Kommission von Anfang an den Segen der sozialliberalen Bundesregierung hatte. Eckert stand mit Kanzler Willy Brandt in Briefkontakt und informierte ihn regelmäßig über die weitere Entwicklung. Im Juni 1972 schrieb er an Brandt: »Die Deutsche UNESCO-Kommission wäre sehr glücklich, wenn sie auf diesem Wege einen kleinen Beitrag zur Entspannungspolitik und zu dem Brückenschlag nach Osten geleistet hätte, den Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, eingeleitet haben.«⁵⁰

Zur Haltung des folgenden Bundeskanzlers Helmut Schmidt zur deutsch-polnischen Schulbuchkommission bzw. zu deren »Empfehlungen« finden sich unterschiedliche Aussagen. Zwar würdigte er die Schulbuchempfehlungen von 1976 als bedeutenden Schritt zu einem besseren Verhältnis zwischen Polen und der Bundesrepublik.⁵¹ Nur einige Mo-

45 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, mit einer Einf. von Ludwig Raiser. Bd. 1: Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh 1978, S. 77–126. Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den deutsch-polnischen Fragen, hrsg. vom Bensberger Kreis, Mainz 1968.

46 Siehe dazu den Beitrag von Robert Żurek in diesem Band.

47 *Piotr Madajczyk*, »Wir vergeben und bitten um Vergebung ...«, in: WIEZ, 1990, Heft 9, zitiert nach der deutschen Fassung in: WIEZ, Sondernummer 1994, S. 35–51, hier: S. 39.

48 Teilweise hatte das aber sicher auch etwas damit zu tun, dass man – man denke an CDU-geführte Landesregierungen – aufgrund des öffentlichen Drucks selbst nicht zu stark mit der Arbeit der Kommission in Zusammenhang gebracht werden wollte.

49 Caspari an Eckert, 11.4.1972, in: BArch B 336/286.

50 Eckert an Brandt, 22.6.1972, in: BArch B 336/286.

51 Kanzler würdigt Schulbuchempfehlung, Kieler Nachrichten, 3.12.1977. Zit. nach *Wolfgang Jacobmeyer* (Red.), Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion, Braunschweig 1979, hier: S. 306 f.

nate später löste er aber auf dem deutschen Historikertag 1978 in Hamburg einen Wirbel mit seiner Aussage aus, die bundesdeutschen Historiker hätten sich bei den Empfehlungen von den Polen überfahren lassen.⁵²

Die Befragten betonen aber, dass sich für die Kommission weder mit dem Kanzler-Wechsel von Brandt zu Schmidt und später zu Kohl etwas geändert habe. Die Kommission sei bereits institutionell stark gefestigt und aus dem deutsch-polnischen Dialog nicht mehr wegzudenken gewesen. Dennoch gab es nach dem Regierungswechsel 1982 Überlegungen im Kanzleramt, ob man die Arbeit der Schulbuchkommission weiterführen oder zumindest konzeptionell und personell verändern solle. Dies belegt die Korrespondenz von Gotthold Rhode mit Horst Teltschik, dem damaligen Ministerialdirektor im Kanzleramt. Teltschik hatte bei Rhode ein Gutachten zur Lage der deutsch-polnischen Schulbuchkommission erbeten.⁵³ In einem Begleitschreiben zu diesem plädierte Rhode dafür, sowohl die Arbeit als solche wie auch in personeller Kontinuität fortzusetzen und stellte grundsätzlich fest:

»Mir liegt [...] sehr daran, dass die Schulbuchkonferenzen und ihre Arbeit nicht als eine Sache der SPD oder der Regierungskoalition der Jahre 1969 bis 1982 betrachtet werden, sondern als eine überparteiliche, uns alle angehende Angelegenheit.«⁵⁴

Rhode unterstrich damit, dass die Kommission auf die Unterstützung der jeweiligen Bundesregierung nicht verzichten konnte und wollte. Wohlwollende Äußerungen von politischer Seite über die Arbeit der Kommission waren enorm wichtig, gerade in Situationen, in denen es galt, »der polnischen Seite über ihren Mattigkeitspunkt hinwegzuhelfen«⁵⁵, oder um innenpolitischen Druck von der Kommission zu nehmen. Seinerzeit bat UNESCO-Präsident Otto von Simson in einem Schreiben Bundeskanzler Kohl, er möge die Arbeit der Kommission mit seiner politischen und moralischen Autorität unterstützen und beim kommenden Schlesier-Treffen oder gelegentlich im Bundestag die Bedeutung der Kommission unterstreichen.⁵⁶ Letzteres tat der Kanzler auch. An von Simson schrieb Kohl zurück:

»Wir alle wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen [...] Das Wirken der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission schätze ich als weiteren wichtigen Beitrag im Sinne der Aussöhnung und Verständigung mit unserem östlichen Nachbarn. Das gilt gleichermaßen für die deutschen wie für die polnischen Teilnehmer an den Schulbuch-Gesprächen.«⁵⁷

Damit wurde klar gestellt, dass sowohl SPD- als auch CDU-geführte Bundesregierungen die Schulbuchkommission als wichtigen Beitrag zur Verständigung mit Polen ansahen. Kritische Bemerkungen der Kommission gegenüber der ein oder anderen Stelle änderten daran nichts.

52 Ansprache des Bundeskanzlers auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg: Auftrag und Verpflichtung der Geschichte, in: *Geschichtsdidaktik* 4 (1979), S. 1. Die Bemerkungen Schmidts wurden von den Kritikern der Schulbuchempfehlungen gerne aufgenommen: Vgl. *Wolfgang Stribrny*, Acht Schwerpunkte der Kritik, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, eine Dokumentation kritischer Stellungnahmen, Bonn 1980, S. 91–94, hier: S. 91.

53 Gotthold Rhode, »Kurzes vertrauliches Gutachten zu den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen«, 17.4.1985, in: BAArch N 1445/150.

54 Gotthold Rhode an Horst Teltschik, 17.4.1985, in: BAArch N 1445/150.

55 Mertineit an Hoensch, 21.4.1985, in: Materialien Hoensch (GEI-Archiv).

56 Von Simson an Kohl, 15.2.1985, Kopie des Schreibens in: Materialien Hoensch (GEI-Archiv).

57 Kohl an von Simson, 28.3.1985, in: Ebd.

3. Anerkennung der politischen Begrenzungen der Kommissionsarbeit

Die Schulbuchkommission war sich bewusst, dass ihre Arbeit nicht im luftleeren Raum stattfand. Die politischen Gegebenheiten des Ost-West-Konfliktes und die Tatsache, dass die polnischen Wissenschaftler in einem sozialistischen Land lebten, konnten unmöglich übersehen werden. Daraus ergab sich die viel kritisierte Konsequenz, dass man bestimmte Themen gar nicht, oder nur höchst Zurückhaltend bzw. in privatem Rahmen besprechen konnte. Exemplarisch soll eines dieser ausgesparten Themenfelder – die Rolle der Sowjetunion – in diesem Kapitel vorgestellt werden.

Dabei wird von der These ausgegangen, dass eine Ausblendung oder nur sehr vorsichtige Behandlung problematischer Themen notwendig war, wollte man die Arbeit unter dem gewählten Ziel, einen gemeinsamen beziehungsgeschichtlichen Text zu verfassen, überhaupt realisieren. Diese politischen Grenzen betrafen beide, die polnische Seite jedoch in besonderem Maße. Von den Kritikern der Kommission wurde dies immer wieder zum Anlass genommen, ihr Selektivität und mangelnde wissenschaftliche Solidität vorzuwerfen. Bei einem der größten Kritiker der Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Herbert Hupka, klingt das heute noch so:

»Zeitgeschichte, Hitler-Stalin-Pakt, Vertreibung – dass das ausgeklammert worden ist oder in Schönschrift dargestellt worden ist. Dass die Professoren so ein bisschen den Kopf eingezogen haben. Männerstolz vor Königsthron ist grad keine deutsche Tugend!«⁵⁸

Für die thematische Arbeit der Kommission wurde bewusst ein bilateraler Ansatz gewählt, der die beiden Nationen Deutschland und Polen zum Fokus hatte. Daraus ergab sich die Konsequenz, dass die Rolle Russlands bzw. der Sowjetunion nicht explizit beleuchtet wurde. Georg W. Strobel fragte beispielsweise 1981 an, ob er für sein Referat die Hegemonialmächte als Handlungssubjekte einführen solle. »Dabei wird die Sowjetunion keineswegs gut aussehen können. Ich bin zu solchen Darlegungen bereit, ist aber die Schulbuchkommission bereit, sie anzuhören und in ihrer Publikation mit zu vertreten?«⁵⁹

Zu den Themen, die von der polnischen Seite aus Rücksicht auf die Sowjetunion höchstens inoffiziell besprochen werden konnten oder in den Gesprächen und Empfehlungen völlig ausgeblendet wurden, gehörten der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, sein geheimes Zusatzprotokoll sowie die Geschehnisse von Katyń.⁶⁰

Der bundesdeutschen Seite war stets klar, dass die polnische Delegation einen Regierungsauftrag hatte, der ihr zwar Handlungsspielräume ließ, aber keine diplomatischen Schwierigkeiten mit der Sowjetunion aufkommen lassen durfte.⁶¹ Katyń oder die Rolle der Roten Armee im Warschauer Aufstand kamen daher in den Empfehlungen von 1976 nicht vor. Dennoch wurden diese Themen in den Gesprächen nicht völlig ausgeblendet. So begann Mertineit 1985 eine Präsidiumssitzung mit einer Einlassung zu Katyń:

»Vor Eintritt in die Tagesordnung bat Prof. Mertineit um Verständnis für eine Einlassung, um die er seitens des AA gebeten worden sei. Sie betreffe die Inschrift des Warschauer Katyń-Denkmal (»Den Opfern des Faschismus«). Sie rufe in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der bekannten geschichtlichen Tatsachen großes Befremden hervor. Er bitte daher die polnischen Kolle-

58 Gespräch des Autors mit Herbert Hupka in Bonn, 26.11.2003.

59 Georg W. Strobel an Gotthold Rhode, 7.8.1981, in: BArch N 1445/151.

60 Ort in der Nähe von Smolensk. Im Frühjahr 1940 wurden hier Tausende polnische Offiziere (bis zu 15.000 wurden vermisst) getötet. Erst im April 1990 änderte die sowjetische Führung ihre Lesart, dies sei ein Verbrechen der Deutschen gewesen, und gab zu, dass die Sowjetunion dafür verantwortlich gewesen ist. Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*, München 1996, S. 115.

61 Vgl. das Gespräch des Autors mit Klaus Zernack in Berlin, 8.7.2003.

gen, von diesem Befremden Kenntnis zu geben an anderer Stelle. Die Bundesrepublik habe auf eine offizielle Demarche verzichtet.

Die polnischen Präsidiumsmitglieder nahmen die Einlassung schweigend zur Kenntnis. Schließlich erklärte Prof. Markiewicz, man könne die Inschrift auch dahingehend verstehen, dass sie indirekt zum Ausdruck bringen wolle, dass die nationalsozialistische Aggression verursachend für die Umstände gewesen wäre, die zu Katyń führten. Er könne jedoch verstehen, wenn eine solche Erklärung nicht befriedige.⁶²

Die polnische Delegation deutete gerade im inoffiziellen Rahmen auch schon früher immer wieder an, was sie über Themen wie Sozialismus und Sowjetunion dachte, auch wenn dies oft nur im Medium von Witzen geäußert wurde.⁶³ Zwar begaben sich die polnischen Vertreter mit den Inhalten der Konferenzen und Empfehlungen nicht in eine direkte Konfrontation zur sowjetischen Geschichtslesart, wiesen ihre bundesrepublikanischen Partnern allein durch ihre Dialogbereitschaft auf die Eigenständigkeit ihres Denkens und wissenschaftlichen Arbeitens hin.

V. FAZIT

Die Teilnehmer der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche waren 1972 angetreten, strittige Fragen in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zu einer Klärung zu bringen und die Schulbücher freizumachen von Legenden, Mythen und nationalistischen Geschichtsdeutungen. Damit wollte man die Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit wie auch das Versagen der Historiografie in Stalinismus und Nationalsozialismus hinter sich lassen.⁶⁴ Die in den Schulbuchkonferenzen versammelten Historiker und Geografen gingen davon aus, dass es nicht nur ihr eigener Wunsch, sondern der Wunsch vieler Deutscher und Polen sei, nach den Jahren der Feindschaft wieder an gemeinsame Traditionen des friedlichen Miteinanders anzuknüpfen.⁶⁵

So machten sie sich in einer später als Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission bezeichneten Institution in jahre- und jahrzehntelanger Arbeit daran, Schulbücher für Geschichte und Geografie zu begutachten, sich auf wissenschaftlichen Konferenzen in Themen der deutsch-polnischen Geschichte zu vertiefen und verschiedene Sichtweisen auf diese Themen anzunähern.

Die Schulbuchkommission war nicht nur wichtig, weil sie dazu beitrug, die Menschen in der Bundesrepublik und in Polen für die gemeinsame Geschichte zu sensibilisieren, weil sie mithalf, Geschichtsmythen abzubauen und die Lerninhalte zu den deutsch-polnischen Beziehungen in Lehrplänen und Schulbüchern sachlich richtiger zu gestalten, sondern auch, weil sie in Zeiten des Ost-West-Konfliktes einen Dialog über die Blockgrenzen hinweg beispielhaft praktizierte. Sie wurde zu einer Zeit, als der Begriff Nichtregie-

62 Vermerk Jacobmeyer zu einer Präsidiumssitzung der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, 29.5.1985, in: GEI-Archiv, Ordner 412.

63 C.-A. Schröder (Gespräch mit dem Autor vom 13.6.2003) etwa berichtet davon, M. Wojciechowski habe immer die neuesten Kommunistenwitze parat gehabt.

64 W. Borodziej stellte in diesem Zusammenhang die These auf, die gemeinsame dunkle Vergangenheit der beiden Historikerkünfte sei bei der Gründung der Kommission ein wichtiges Motiv gewesen. Vgl. *Włodzimierz Borodziej*, Die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission 1972–1999, in: *Ursula A. J. Becher/Rainer Riemenschneider* (Hrsg.), unter Mitwirkung von *Roderich Henry*, Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, Hannover 2000, S. 157–165, hier: S. 158 f.

65 Dies der Tenor bei *Jörg K. Hoensch*, Die deutsch-polnische Schulbuchrevision. Ein Erfahrungsbericht, Undatiertes Skript, in: Universitätsarchiv Saarbrücken, Nachlass Hoensch, Polen-Ordner III, S. 3.

rungsorganisation (NGO) noch fremd in den Ohren klang, zu einem Faktor der nationalen und internationalen Politik. Diese »Schule des Dialoges« (Krzemiński)⁶⁶ war über Jahre hinweg ein Signal dafür, dass die im Warschauer Vertrag von 1970 manifestierte Annäherung zwischen Polen und Deutschen nicht nur auf dem Papier stattfand. Der Dialog der Wissenschaftler nährte auf beiden Seiten die Hoffnung, dass die Kommission auch auf andere Bereiche von Politik und Gesellschaft positiv ausstrahlen werde.⁶⁷ Diese Hoffnung ruhte nicht zuletzt auf der Annahme, dass Schulbuchbereinigung symbolhaften Charakter auch für die übrigen Medien habe.⁶⁸ Der Schulbuchkommission kam insofern eine Leitfunktion in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zu. Einige ihrer Ergebnisse wurde sogar im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 übernommen, so beispielsweise die Empfehlung, bei Orts- und Landschaftsnamen die jeweilige Landessprache zu verwenden.⁶⁹

Der Erfolg der Kommission lässt sich auch damit erklären, dass die pragmatischen, behutsam geführten wissenschaftlichen Kontakte das Vertrauen und die Basis schufen, auf der Deutsche und Polen sich in Zukunft auf gleicher Augenhöhe begegnen können und nicht mehr durch historische Mythen und Legenden auseinanderdividiert werden. Dies bildete eine zentrale Grundlage für die Fortentwicklung von Städtepartnerschaften, Jugendaustauschprogrammen und für die Mehrung politischer und anderer zivilgesellschaftlicher Kontakte.

Bezeichnend ist aber doch, dass der Arbeit einer Kommission von Wissenschaftlern ein derart hoher Stellenwert in den deutsch-polnischen Beziehungen zukam. Dass nicht die Qualität und Quantität von Jugendaustausch, Sprachkompetenz, Wissenschafts- und Kulturaustausch zum Gradmesser für die deutsch-polnischen Beziehungen gemacht wurden, sondern das Innenleben und die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Gremiums, erklärt sich zunächst aus dem Bedürfnis, die Last der Vergangenheit aufzuarbeiten, den traumatischen Verlauf der Geschichte und die gegenseitigen Verletzungen anzuerkennen. Dass die Arbeit der Schulbuchkommission dadurch ersatzpolitischen Charakter bekam, erhöhte ihre wissenschaftliche wie politische Bedeutung immens. So war die Schulbuchkommission denn auch nicht nur Vorzeigemodell der deutsch-polnischen Annäherung, sondern für die Kritiker der Neuen Ostpolitik eben auch stellvertretende Reibfläche: Wo die Neue Ostpolitik gemeint war, traf die Kritik häufig die Kommission, die mit dieser gleichgesetzt wurde.

Die aktuellen, wenig erfreulichen Debatten in den deutsch-polnischen Beziehungen lassen die in der bisherigen Arbeit klaffenden Lücken insbesondere die späte und lange Zeit mangelhafte Aufarbeitung des Vertreibungs- und Umsiedlungsgeschehens deutlich hervortreten. Dies zeigt, dass es zu grundlegenden mentalen Veränderungen noch zahlreicher Initiativen bedarf, für die die offene Dialogbereitschaft der Gemeinsamen Schulbuchkommission ein angemessenes Vorbild sein könnte. Für die deutsch-polnische Schulbuchkommission bleiben auch in der Zukunft noch eine Reihe wichtiger Aufgaben, etwa bei der Mehrung des Wissens und Interesses von Schülerinnen und Schülern an den Nach-

66 Adam Krzemiński, Pokój między książkami (Friede zwischen den Büchern), *Polityka* 49/2002 (2379).

67 Vgl. die Aussagen der polnischen UNESCO-Präsidentin und des stellvertretenden Bildungsministers 1974, man sehe in Polen die Schulbuchkommission als »pars pro toto«. Zit. nach Mertineit, »An die Kollegen«, Juli 1974, in: BArch B 336/287.

68 Vgl. die Aussage Mertineits auf einer Podiumsdiskussion am 20.5.1976 auf der »Interschul« in Dortmund. Zit. nach handschriftliches Protokoll des Moderators der Diskussion Udo Arnold, in: Privatarchiv Arnold, Ordner »Schulbuchkommission 1972–1974«.

69 Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, S. 34.

barländern und bei der Entwicklung neuer Unterrichts-Materialien bestehen.⁷⁰ Dabei wird es verstärkt darum gehen, über den deutsch-polnischen Rahmen hinauszugehen und zu der Entwicklung eines europäischen historischen Bewusstseins beizutragen.

70 Hier hat die Kommission mit der Veröffentlichung der Lehrerhandreichung, *Ursula A.J. Becher/Włodzimierz Borodziej/Robert Maier* (Hrsg.), *Deutsche und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Analysen – Quellen – didaktische Hinweise. Studien zur internationalen Schulbuchforschung*, Hannover 2001, ein wertvolles Produkt ihrer Arbeit vorgelegt.